



Westintegration der Bundesrepublik Deutschland

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt A

Arbeitsblatt A stellt dar, dass die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland politischen Grundüberzeugungen ihres ersten Bundeskanzlers entsprach, denen sich eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung in freien Wahlen anschloss.

— Ergänzende Informationen



Konrad Adenauer (1876–1967)

Er war in der Weimarer Republik ein führender Vertreter der katholischen Zentrumspartei und von 1917 bis zu seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten 1933 Oberbürgermeister von Köln. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in der britischen Besatzungszone, deren Vorsitz er 1946 übernahm. 1949 wurde er mit einer – seiner eigenen – Stimme Mehrheit vom 1. Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler

gewählt. Er hatte dieses Amt dann 14 Jahre inne und gab es erst 1963, 87-jährig, ab, auf innerparteilichen Druck hin und schweren Herzens.

In einem Brief an den damaligen Oberbürgermeister von Duisburg schrieb Adenauer am 31.10.1945:

„Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Rußland besetzten Teiles Deutschlands, sondern auch von England und Frankreich, Westeuropa unter ihrer Führung zusammenzuschließen, den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen und wieder gesund zu machen. [...] Dem Verlangen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit kann auf die Dauer nur durch wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland wirklich Genüge geschehen. Wenn England sich entschließen würde, auch an dieser wirtschaftlichen Verflechtung teilzunehmen, so würde man dem doch so wünschenswerten Endziele, Union der westeuropäischen Staaten, ein sehr großes Stück näherkommen.“

— Quelle: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, DVA, Stuttgart 1965, S.40

Auf dem Hintergrund solcher Grundüberzeugungen erfolgte die zunächst wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik mit Westeuropa. Nach dem Beitritt zur OEEC (Organization for European Economic Cooperation, heute OECD), die die Umsetzung der Marshall-Plan-Hilfe koordinierte, unterstützte Adenauer 1950 den Plan des französischen Außenministers Schuman, der vorsah, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen“. So entstand 1951 die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montanunion) aus Frankreich, Westdeutschland, Italien und den Beneluxstaaten. Sie kam einerseits den Sicherheitsinteressen Frankreichs entgegen, das so weiterhin indirekt die wiedererstarkende deutsche Schwerindustrie überwachen konnte. Andererseits war sie für die Bundesrepublik ein entscheidender Schritt in Richtung Gleichberechtigung und Souveränität. Aus ihr erwuchs 1957 die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG), später die EU.

Der mit der Westintegration verbundene enorme Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft in den 50er Jahren beeindruckte die Westdeutschen. Schüler werden unschwer Beispiele dazu aus Erzählungen ihrer Großeltern zusammentragen können („Fresswelle“, „Reisewelle“). Eine

Diskussion könnte lohnend sein, ob es letzten Endes das „Wirtschaftswunder“ war, das die Westdeutschen davon überzeugte, dass sie mit der Demokratie westlicher Prägung auf der richtigen Seite standen.

Militärische Westintegration und Wiedervereinigung

Im Gegensatz zur Position seines Innenministers Gustav Heinemann (später SPD und 1969–1974 Bundespräsident) sah Adenauer Westintegration und Wiedervereinigung nicht als Ziele an, die einander ausschlossen. Er verstand es als sein Nahziel, Freiheit und Sicherheit für drei Viertel des deutschen Volkes im westlichen Teil Deutschlands zu gewährleisten. Doch als Fernziel sollte die feste Westbindung ohne jede Schaukelpolitik für die Zukunft Möglichkeiten offen halten, wenn der „Kalte Krieg“ beendet und zugunsten des Westens entschieden sein würde. In einem vereinigten Europa sollte es dann auch zu einem in Freiheit vereinigten Deutschland kommen.

Die Bevölkerung folgte mehrheitlich der Adenauerschen Konzeption. In Umfragen lag in den 50er Jahren der Wunsch nach Sicherheit deutlich vor dem Wunsch nach Einheit, in der Bundestagswahl 1953 (Wahlbeteiligung: 86 %) erhielt Adenauers Koalition (CDU/CSU; FDP; Deutsche Partei; Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 333 von 487 stimmberechtigten Abgeordnetensitzen. Im Jahr 1957 (Wahlbeteiligung 87,8 %) errangen allein CDU/CSU sogar mehr als 50 % der Sitze im Bundestag.

1 Analyse eines politischen Plakats

Lösungen

Das Plakat zeigt einen bewaffneten Rotarmisten vor dem Kölner Dom (süddeutsche Alternative: Münchener Frauenkirche). Er steht für die als expansionistisch eingeschätzte Militärmacht Sowjetrußland, der Kölner Dom steht für Heimat, darüber hinaus für das christliche Abendland, das vom „gottlosen Bolschewismus“ bedroht wird. In Westdeutschland, wo knapp sieben Millionen Flüchtlinge und Vertriebene leben, sind die Kriegsgreuel von Rotarmisten noch gegenwärtig, die tägliche Berichterstattung über Unterdrückung und Verfolgung im sowjetischen Machtbereich hat ebenfalls eine abschreckende Wirkung. All dies soll den Betrachter zum Schluss führen: Nur eine eigene Bewaffnung kann Sicherheit und Schutz vor dem Bewaffneten bieten.



— Abb.: SPD-Plakat – vermutlich zur Bundestagswahl 1953.



Ostintegration der DDR

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt B

Das *Arbeitsblatt B* stellt die Ausrichtung der DDR auf das sowjetische Modell zwischen 1949 und 1955 dar, die deutsche Kommunisten unter sowjetischer Führung betrieben, ohne demokratische Legitimation und nicht selten mit terroristischen Methoden.

Im Gründungsauftrag der KPD in der sowjetischen Besatzungszone vom 11.6.1945 hieß es noch: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre.“ Doch die Praxis sah anders aus. Sie erinnerte eher an den Wahlauftrag der KPD von 1930: „Wir Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ein festes politisches und Wirtschaftsbündnis schließen.“ Die Umstände dafür waren jetzt günstig.

Auf deutscher Seite forcierte SED-Chef Walter Ulbricht (Kurzbiographie vgl. *Thema 05*) diesen Kurs. Als er 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR ausrief, verriet er auch, wer Koch und wer Kellner war: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt.“

Politische Terrorjustiz

Zu den Opfern terroristischer politischer Strafjustiz in den Anfangsjahren der DDR gehörte der 18-jährige Oberschüler Hermann Flade. Er wurde 1951 vom Landgericht Dresden zum Tode verurteilt, weil er sich der Verhaftung durch einen Volkspolizisten widersetzt und diesen dabei verletzt hatte. Verhaftungsgrund: Flade hatte selbstgefertigte Flugblätter ausgelegt, die die Volkskammerwahl vom 15.10.1950 als „Wahlbetrug“ anprangerten. Das Todesurteil wurde später in 15 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Ebenfalls 1951 wurden 19 Oberschüler aus Werdau, Kreis Zwickau, zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus wegen „Bojkott-hetze“ verurteilt, darunter ein 16-jähriger zu 14, eine 17-jährige zu 12 Jahren. Sie hatten eine antikommunistische Widerstandsgruppe gebildet und im Stil der „Weißen Rose“ Flugblätter gegen das Regime verteilt. In einem anderen Fall ist Ulbrichts handschriftliche Notiz belegt: „Vorschlag: Todesurteil“, dem das Gericht selbstverständlich folgte.

Flankiert wurde solcher Terror von Urteilen sowjetischer Militärtribunale (SMT). Zwischen 1950 und 1953 wurden etwa 1.000 Menschen aus der DDR in Moskau aufgrund von SMT-Todesurteilen hingerichtet.

„Aufbau des Sozialismus“

Der „Aufbau des Sozialismus“ war begleitet von einer strafferen Unterstellung der Verwaltung unter die SED-Führung. Die fünf Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wurden aufgelöst und durch 14 Bezirke ersetzt. Die bis dahin noch bestehende Verwaltungsgerichtsbarkeit entfiel ersatzlos.

Die gleichzeitig proklamierte „Verschärfung des Klassenkampfes“ bedeutete z. B., dass Angehörige freier Berufe, Handwerker, Einzelhändler keine Lebensmittelkarten mehr erhielten, also auf die Handelsorganisation (HO) angewiesen waren, die Lebensmittel markenfrei zu stark überbeurten Preisen verkaufte. Besitzer von Hotels und Erholungsheimen an der Ostseeküste wurden in der „Aktion Rose“ im Februar 1953 unter fadenscheinigen Gründen verhaftet, verurteilt und ihrer Häuser beraubt. Die SED brauchte sie für ihre eigenen Erholungsprogramme.

Gegen Jugendliche, die sich zur „Jungen Gemeinde“ der evangelischen Kirche bekannten, richtete sich ein Kirchenkampf. Das FDJ-Zentralorgan „Junge Welt“ (FDJ-Chef: Erich Honecker) hetzte: „Junge Gemeinde – Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“.

Repressionsmaßnahmen folgten: Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ sollten vor versammelter Schülerschaft abschwören und wurden der Oberschule verwiesen.

Nach Stalins Tod am 7. März 1953 missbilligte die neue Kreml-Führung den zuvor unterstützten Kurs als „unrichtig“, weil zu „hastig“. Sie befürchtete eine Destabilisierung der DDR (die erwähnten 1,5 Mio. Flüchtlinge entsprachen der kompletten Einwohnerschaft von Leipzig, Dresden, Magdeburg, Weimar und Stralsund). Die SED rief daraufhin am 9. Juni 1953 einen „Neuen Kurs“ aus und nahm eine Reihe der Klassenkampfmaßnahmen wieder zurück. Nicht annulliert wurde allerdings die im Mai 1953 verkündete Normenerhöhung in den verstaatlichten („volkseigenen“) Betrieben um ca. 10 %.

Dieses Festhalten an einer de facto Lohnsenkung wurde zum Auslöser für den Volksaufstand vom 17. Juni.

— *Tipps:* Zum 17. Juni 1953 liegt vor: Themenblätter im Unterricht Nr. 80, „17. Juni 1953 – Aufstand in der DDR“ (www.bpb.de/themenblaetter > 17. Juni 1952 – Aufstand in der DDR)

2 Karikaturen-Analyse

Nachdem die deutsche Eiche, der deutsche Staat, 1945 von den Siegern erst gemeinsam gefällt wurde, werden seine „Sprösslinge“, BRD und DDR, von ihren jeweiligen Schutzmächten wieder aufgepäppelt und in ihren Machtbereich integriert. Die Bildgeschichte interpretiert zehn Jahre deutscher Geschichte, ohne dass Deutsche in ihr auftauchen. Ging die Entwicklung tatsächlich über ihre Köpfe hinweg oder hatten sie an ihr auch ihren Anteil? Darüber könnte mit den Schülern nachgedacht werden.

— Zusatzaufgabe

Am Begriff „Freunde“ für die sowjetischen Genossen entzündete sich der DDR-Volkswitz, denn diese gehörten ja gleichzeitig einem „sozialistischen Brudervolk“ an. „Sind die Russen nun unsere Freunde oder unsere Brüder?“

Antwort: „Sie sind unsere Brüder, Freunde kann man sich aussuchen!“



— Abb.: Antiamerikanisches Wahlplakat der Nationalen Front anlässlich der ersten Volkskammerwahl in der DDR am 15. Oktober 1950.